

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen: Lodz, Petrikauer Straße 109

Volksstimme Bielitz-Biala u. Umgebung

Franco sucht eine neue Regierung

General Mola lehnt den Auftrag die Regierung zu bilden ab.

Sendung, 22. März. Wie hier berichtet wird, beabsichtigt General Franco eine neue Regierung zu bilden, die die bisherige Junta ersetzen soll.

Die Bildung der neuen Regierung wurde dem General Mola übertragen, doch hat dieser den Auftrag abgelehnt. General Franco hat seinen Waffengefährten daraufhin gebeten, den Auftrag nochmals in Erwägung zu ziehen.

Die Niederlage der Italiener.

Die letzten erfolgte Verstärkung der italienischen Truppen auf Francos Seite läßt den Bürgerkrieg immer mehr den Charakter eines italienisch-spanischen Krieges annehmen.

Bei den Kämpfen an der im Nordosten von Madrid liegenden Guadajajara-Front standen die Regierungstruppen hauptsächlich auf Seiten der Aufständischen Kämpfern italienischen Formationen gegenüber. Den spanischen Volkstruppen gelang es, den italienischen Truppen eine überaus schwere Niederlage zu bereiten. Ein großer Teil der Angehörigen des italienischen Regiments „Schwarze Feder“ wurde gefangen genommen.

Ein höherer Offizier der Regierungstruppen, Angehöriger der Schlacht bei Guadajajara, erzählt, daß in diesem Abschnitt zum erstenmal den Regierungsabteilungen nur Italiener gegenüberstanden, die keine deutsche oder spanische Abteilung begleitete. Die Italiener hätten beweisen wollen, was die „Veteranen von Abessinien“ imstande seien. Sie haben jedoch nichts bewiesen, fügte der Offizier hinzu, ihr Widerstand wurde leicht gebrochen.

Nach Madrid wurde eine Abteilung Italiener transportiert, die sich an der Front bei Brihuega in der Nacht auf Freitag ergeben hat. Sie erklärten, daß sie „als Freiwillige nach Abessinien“ eingeschifft und statt dessen nach Spanien gebracht wurden. Es handelt sich der Mehrzahl nach um Landwirte. Sie erzählten, daß es schwer ist, sich während des Tages zu ergehen, da die Offiziere sie erschießen würden, doch in der Nacht sei dies leichter.

Nichteinmischungsausschuß verlagert.

London, 22. März. Die für heute vorgesehene Sitzung des Nichteinmischungsausschusses wurde auf Dienstag verlagert. Es verlautet, daß einige strittige Fragen, die die Neutralität der Beobachter betreffen, noch nicht bereinigt seien, was die Ernennung der Beobachter verhindert.

Um den Rückzug der Freiwilligen.

London 22. März. In Beantwortung einer Anfrage erklärte Eden im Unterhause, daß die Frage der Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien von Lord Plymouth im Nichteinmischungsausschuß berührt wurde, der sich der seinerzeitigen deutschen und italienischen Vorschläge als Grundlage bediente. Diese Frage wird gegenwärtig von den Mitgliedern des Ausschusses geprüft. Auf eine weitere Anfrage erklärte Eden, daß die englische Regierung dieses Problem als dringend betrachte und gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit der Art zuwende, in welcher dieses Problem Verwirklichung finden könnte.

England weiß Franconote zurück.

London, 22. März. Außenminister Eden erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, daß die spanischen Behörden in Salamanca von australischer Seite unterrichtet

wurden, daß die gegenwärtige Lage an der spanisch-französischen Grenze in Marokko keinen Anlaß für diplomatische Schritte der Magociras-Mächte notwendig mache. Eventuelle Differenzen müßten nach der spanischen Konvention vom Jahre 1912 unmittelbar zwischen den beiden beteiligten Staaten geregelt werden.

Der Kampf in den Lüften.

Bei einem am letzten Sonnabend nachmittag an der Guadajajara-Front stattgefundenen Luftkampf wurden fünf Jagdflugzeuge der Aufständischen und ein Flugzeug der Republikaner abgeschossen.

Technische Fachleute der Regierung prüfen ein Flugzeug des Typs Junker 5, das dieser Tage an der Guadajajara-Front abgeschossen wurde. Es handelt sich um das letzte Modell der deutschen Kriegsflugtechnik, über das die deutschen Militärbehörden bezüglich aller Einzelheiten behüteten. Die neuen deutschen Flugzeuge benötigten als Betriebsstoff Schweröl, hatten aber an der spanischen

Front einen unglücklichen Anfang. Während eines einzigen Tages wurden drei Flugzeuge dieses Typs abgeschossen und zwei weitere havarierten.

Italienfeindliche Revolte.

Aus Madrid wird gemeldet: In Regierungskreisen besitzt man genaue Nachrichten über die Revolte, die sich in diesen Tagen in Valladolid als Folge der Einquartierung italienischer Truppen zugetragen hat. Die italienischen Einheiten waren in der Kaserne San Quintin einquartiert. Nach Aussagen von drei Soldaten der nationalen Armee, die zu den Regierungstruppen überliefen, waren die nationalistischen Behörden von Valladolid davon unterrichtet, daß ein Komplott der Zivilbevölkerung unter Teilnahme von zahlreichen Militärpersonen gegen die Ausländerinvasion in der ehemaligen spanischen Hauptstadt vorbereitet wird. Die Untersuchung habe den einwandfreien Beweis erbracht, daß diese italienfeindliche Bewegung einen großen Umfang angenommen hatte. Es seien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Um den Ausländern eine Herabsetzung zu verschaffen, seien bisher ein Leutnant, 2 Unteroffiziere, 3 Sergeanten, ein Korporal und 12 Soldaten erschossen worden. Die Italiener hätten strenge Sanktionen gegen die Schuldigen gefordert.

Clichy vor dem Parlament.

Die Rechte bereitet einen Sturm gegen die Volksfrontregierung vor.

Die Dienstagssitzung der Deputiertenkammer wird mit großem Interesse erwartet, da die blutigen Zwischenfälle in Clichy erörtert werden sollen. Die Spannung, die diese Ereignisse in Frankreich ausgelöst und die nach dem disziplinierten Generalfstreik in Paris sowie den imposanten Beerdigungsmanifestationen durchaus nicht nachgelassen hat, läßt eine sehr ernste und wahrscheinlich auch recht stürmische Sitzung erwarten.

Die Rechte wird wahrscheinlich die Ereignisse in Clichy nicht unmittelbar verurteilen, sondern auf die schädliche Wirkung gewisser Linksselemente hinweisen, wie auch die neue Taktik des Generalfstreiks, die in letzter Zeit von der Gewerkschaftsleitung in Anwendung gebracht wird. Ein Vertreter der faschistischen „Sozialpartei“ wird bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß diese Partei in legaler Weise begründet wurde und im Rahmen der Gesetzgebung wirkt. Neben den Kursstürzen auf der Börse, die heute zu verzeichnen waren, soll die Sitzung Gelegenheit bieten, gegen die Volksfrontregierung Sturm zu laufen. Aus Kreisen, die der Regierung nahe stehen, ver-

lautet, das Blum auf die Zwischenfälle in Clichy eingehen und in seiner Rede auch die Richtlinien für die nächste Zukunft festlegen wird. Der Ministerpräsident wird ferner auf die provokatorische Rolle gewisser Kreise bei den Vorgängen in Clichy hinweisen. Ein Auflösung der Sozialpartei komme jedoch vor Abschluß der Untersuchung nicht in Betracht. Abschließend wird der Ministerpräsident an die Arbeiterschaft Frankreichs sowie an die Volksmehrheit appellieren und sie auffordern, der Regierung ihre volle Unterstützung zu geben, damit diese ihr Aufgabenerkennnis durchzuführen kann.

Die Linksgruppen werden einen Vertrauensantrag für die Regierung stellen.

Blumel auf dem Wege zur Genesung.

Paris, 22. März. Der Kabinettsdirektor des Ministerpräsidenten Blumel, der beiden Zwischenfällen in Clichy verunndet wurde, hat heute das Krankenhaus verlassen.

Warum ist Neustädter-Stürmer zurückgetreten?

Wien, 22. März. In gut unterrichteten Kreisen wird der kurz gemeldete Rücktritt des Ministers Neustädter-Stürmer mit dem Besuch des Bundeskanzlers Schuschnigg in Budapest in Zusammenhang gebracht. Der verschärfte Kurs gegen die Nationalsozialisten wird als Folge der Unterredung des Bundeskanzlers mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Daranyi betrachtet. Der ungarische Ministerpräsident soll die Tätigkeit der Nationalsozialisten als beunruhigend für beide Länder bezeichnet haben. Der neue Kurs gegen die Nationalsozialisten soll nun den Rücktritt des Ministers veranlaßt haben.

Bekanntlich wurde Neustädter-Stürmer als Versuchungsmann zwischen Berlin und Wien in die österreichische Regierung aufgenommen. Sein Rücktritt offenbart eine Niederlage der deutschen Diplomatie.

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint in Paris

Die „Arbeiter-Zeitung“, welche von der österreichischen sozialdemokratischen Emigration früher in Brünn herausgegeben wurde, erscheint nunmehr in Paris. Sie

herausgeber und verantwortlicher Redakteur des Blattes, dessen erste Pariser Ausgabe am letzten Sonnabend in Wien eingehändigt wurde, zeichnet N. Boutin.

Ausflüge: 39 Monate Kerker.

Vor dem Gericht in Wiener-Neustadt hatte sich der Bergarbeiter Josef Egger aus Grünbach gemeinsam mit drei anderen jugendlichen Kommunisten zu verantworten, die zu geheimen Versammlungen und Übungen in einer Touristenhütte auf der Hohen Wand zusammenkamen. Egger wurde wegen Hochverrats zu 14 Monaten schweren Kerkers, seine Genossen zu 12 resp. 13 Monaten verurteilt.

Mussolini wieder in Rom.

Gaete, 22. März. Auf der Rückreise aus Libyen ist Mussolini auf dem Kreuzer „Polo“ um 15.45 Uhr hier eingetroffen. Nach einem feierlichen Empfang, an dem auch der Außenminister Ciano teilgenommen hat, setzte Mussolini seine Reise nach Rom im Kraftwagen fort. Die Berichte zählen u. a. viele kostbare Geschenke auf, die Mussolini anlässlich seiner Reise in Libyen erhalten hat.

# Eine Maßregelung des „JKC“.

## Sejmarschall Car hat dem Berichterstatter des „JKC“ den Eintritt zum Sejm verboten.

Der in Krakau erscheinende „Justromany Kurjer Codzienny“ hat einen Artikel unter dem Titel „Der Sejm vor dem Geschworenengericht der polnischen Meinung“ veröffentlicht, in welchem der Sejm einer Kritik unterzogen wird. Daraufhin hat der Sejmarschall Car in der Sejmung vom 20. März, in Anwesenheit der Regierungsvertreter mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze und unter Beifall der Sejmabgeordneten, folgende Erklärung abgegeben:

„In der Nummer 78 des laufenden Jahres hat der JKC einen Artikel unter dem Titel „Der Sejm vor dem Geschworenengericht der polnischen Meinung“ veröffentlicht. Dieser Artikel, höchst tendenziös in seinem Inhalt und unzulässig in seiner Form, versucht den Ruf des Sejm in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Darum habe ich in Verständigung mit dem Senatsmarschall beschlossen, die Legitimation des parlamentarischen Berichterstatters dieses Blattes als ungültig zu erklären, und habe ferner Weisung gegeben, den Vertretern des genannten Blattes keine Eintrittskartne zu verabsorgen.“

Es ist selbstverständlich, daß diese Erklärung im Klub der parlamentarischen Berichterstatter großes Aufsehen erregte. Noch am gleichen Tage fand eine Beratung dieses Klubs statt, in welcher folgender Beschluß angenommen wurde:

„Die Anordnung, die den Vertretern des JKC das Recht nimmt, die Räume der gesetzgebenden Kammern zu betreten, wird mit dem Erscheinen eines Artikels unter dem Titel „Der Sejm vor dem Geschworenengericht der polnischen Meinung“ begründet. Der erwähnte Artikel hat die Behörden, die zur Aufsicht über die Presse berufen sind und die insbesondere auf ein entsprechendes Verhältnis des gedruckten Wortes zu den Staatsinstitutionen, also auch zum Sejm und Senat, zu achten haben, zu keinerlei repressiven Schritten, die vom Gesetz vorgegeben sind, veranlaßt. Der Herr Sejmarschall hat im Gespräch mit den Vertretern des Klubs der parlamentarischen Berichterstatter sich für die weitgehendste Freiheit der Presse ausgesprochen, insbesondere für die Freiheit der publizistischen Wertung der Tätigkeit der gesetzgebenden Kammern. Der Artikel, um den es sich im gegebenen Falle handelt, ist eben eine solche öffentliche Besprechung der Sejmstätigkeit, die in der Redaktion der genannten Zeitschrift in Krakau erfolgte. Die Anordnung des Herrn Sejmarschalls, die dem Vertreter dieses Blattes den Zugang zu den gesetzgebenden Kammern verwehrt, könnte nicht allein die Deffektivität der Beratungen der Kammern in Zweifel stellen, sondern sogar den Eindruck einer Beschränkung der Freiheit der Wertung der Arbeit der gesetzgebenden Kammern hervorrufen. Die lächerliche Verwirklichung dieser beiden Grundsätze liegt aber unzweifelhaft in einem gut verstandenen Interesse der öffentlichen Meinung, auf deren Hut der Klub der parlamentarischen Berichterstatter im Rahmen seines Tätigkeitskreises unentwegt stehen will.“ Der Klub bittet den Sejmarschall aus obigen Gründen, seinen Beschluß einer Revision zu unterziehen.

Auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit darf

man gespannt sein. Der Klub der Berichterstatter hat in grundsätzlicher Beziehung alles gesagt, was unter den gegebenen Umständen gesagt werden konnte. Das Wort hat nun der Sejmarschall.

Das aber ein so rektionäres Blatt, wie der JKC, der doch, mit gewissen Vorbehalten, ein Sanacjablatt ist, das Opfer seiner Kritik werden mußte, zeugt, daß man sich in der Area der Vereinigung sehr wenig einig ist.

### Spaltung in der 333.

In Katowicz fand am Sonntag eine Tagung der 333 angeschlossenen Angestellten statt, an der 170 Delegierte teilgenommen haben sollen. Der Vorsitzende der 333 in Oberschlesien Sejmabgeordneter Kapuscinski versuchte über den Landestag der 333 in Warschau Bericht zu erstatten. Die Anwesenden empfingen ihren Vorsitzenden mit Protestrufen und erklärten in Zwischenrufen, daß sie mit dem Warschauer Kongress und der Zentralverwaltung in Warschau nichts zu tun haben wollen. Abgeordneter Kapuscinski hat seine Ausführungen unterbrechen und den Saal verlassen müssen. Angenommen wurde dann ein Beschluß, laut welchem die Angestellten in Oberschlesien, die dem 333-Verband angehören, dem vom Obersten Roc begründeten neuen Lager beitreten. Eine Tagung der Metallarbeiter, die dem gleichen Verbände angehören, soll sich mit dem Beschluß der Angestellten solidarisch erklärt haben. Ebenso die Bergarbeiter des Rybniker Kreises.

Daß die Spaltung der 333 in Oberschlesien von den Angestellten ausgeht, ist leicht erklärlich. Die Angestellten waren und sind immer noch ein Element, das von Oben am leichtesten beeinflusst werden kann. Auf alle Fälle zeugt die Tagung davon, daß die Sanacjareise der widerwilligen 333 die eingenommene Stellung keinesfalls leicht machen. Es wird sich nun rasch zeigen, ob die 333 in der Opposition auch nur einen Teil des Einflusses erhalten wird, den sie als Sanacjagewerkschaft dank aller Unterstützung besaß.

### Marshall Rndz-Smigly im Senat.

Der heutigen Senatssitzung, in der u. a. die Arbeitszeitverkürzung im Kohlenbergbau behandelt wurde, wohnte der Marshall Smigly-Rndz bei. Der Marshall hat in der Loge des Staatspräsidenten Platz genommen und von da aus die Verhandlungen längere Zeit verfolgt. Die Senatoren benutzten die Gelegenheit, um dem Marshall eine Ovation zu bereiten.

### Unterschlagnungsprozess gegen früheren Abgeordneten.

In Tarnow hat ein Prozess gegen den ehem. Sejmabgeordneten Ignacy Starzyl, von Beruf Postkontrollleur, begonnen, der Briefe, die aus Amerika kamen und in denen sich Geld befand, systematisch verbaute. Der Angeklagte behauptet, das Opfer einer Denunziation gewesen zu sein. St. war Mitglied des Regierungsblocks.

### Die Beschlüsse des Komitees der sozialistischen Parteien.

In der Sitzung des Zwischenparteilichen Komitees der sozialistischen Parteien, der PPS, der DSW und des Bund, die am 19. März in Warschau stattgefunden hat, wurde, wie bereits kurz berichtet, die politische Lage eingehend besprochen. An der Aussprache beteiligten sich Parteimitglieder Arciszewski, Puzat, Ehrlich, E. Zerbe, Zaremba, Alter und Niedzialkowski. Als Ergebnis der Beratungen wurden vier Entschlüsse angenommen:

Bezüglich der angestrebten Schaffung eines „Lagers der nationalen Einigung“ stellte das Zwischenparteiliche Komitee der sozialistischen Parteien die vollkommene Uebereinstimmung in der Beurteilung der ideell-politischen Deklaration des Obersten Roc fest; alle sozialistischen Parteien Polens sind immer bereit zur gemeinsamen Arbeit an der Sammlung der werktätigen Massen Polens gegenüber jeglichen nationalistischen Zerstückelungstendenzen, die die Volksmassen in ihrem Kampf um den gesellschaftlichen Umbau, für Freiheit und Demokratie schwächen.

Durch die zweite Entschliessung werden die werktätigen Massen Polens zu gemeinsamen Demonstrationen am 1. Mai aufgerufen, die unter den Fahnen der sozialistischen Parteien und Massengewerkschaften und unter Losungen, die von den zentralen Behörden der Arbeiterorganisationen festgelegt wurden, stattfinden haben.

Das Zwischenparteiliche Komitee der sozialistischen Parteien bestätigt den bisherigen Standpunkt in den Angelegenheiten Spaniens und Danzig und erklärt sich bereit, alle Bemühungen der Sozialistischen Internationale im Interesse der spanischen Bevölkerung, die heldenhaft gegen die Invasion der deutschen und italienischen faschistischen Truppen kämpft, zu unterstützen.

Das Zwischenparteiliche Komitee der sozialistischen Parteien protestiert gegen die antimilitarischen Ausschreitungen an den Hochschulen und erklärt ihre Bereitschaft, die sozialistische und demokratische Studentenenschaft in ihrem Kampfe zu unterstützen. Das Zwischenparteiliche Komitee verlangt von den Hochschulbehörden die Lahmlegung der nationalistischen Stotruppen, und die Schließung der Lehranstalten zum Schaden der ärmsten Studenten.

### Aus Welt und Leben.

#### Ein politischer Mord?

Bagdad, 22. März. Ali Riba al Askari, der Bruder des während der Oktoberrevolte ermordeten Verteidigungsministers Jasar Pascha, wurde heute in seiner Wohnung ermordet aufgefunden.

#### Drei Brüder verunglückt.

Auf dem Gute Mustowo in Pommern wurden infolge einer Kesselexplosion drei Brüder Juras so schwer verletzt, daß sie bei der Ueberführung nach einem Krankenhaus starben. Die Mutter, der man die schreckliche Nachricht brachte, hat einen Anfall erlitten und die drei Söhne nur um eine Stunde überlebt.

#### Flugzeugunglück in Bularest.

Bularest, 22. März. Durch Unachtsamkeit des Flugzeugführers ist das Flugzeug der Linie S.W.A., welches am Morgen von hier nach Cluj startete, auf dem dortigen Flugplatz schwer beschädigt worden. Eine Reisende wurde sofort getötet, während der Flieger und der Telegraphist schwere Verletzungen erlitten.

#### Eisenbahnzug mit Stifahrern entgleist.

Wien, 22. März. Ein Eisenbahnzug, der etwa 1000 Stifahrer aus Bichselhofen nach Wien bringen sollte, ist in der Nähe von Johannsbad in der Steiermark entgleist. Das Unglück geschah durch den Absturz eines Felsstückes auf das Bahngleis. 29 Stifahrer wurden zum Teil schwer verletzt.

#### Schweres Autounglück.

Aus Lübeck wird berichtet: Bei einem schweren Autounfall auf einer Landstraße wurden 2 Personen getötet und 3 schwer verletzt.

#### Von Gesteinsmassen getötet.

Auf der Deutschlandgrube ereignete sich ein Unfall, bei dem ein Menschenleben forderte. An einem Pfeiler lösten sich Gesteinsmassen, welche herunterstürzten und den 33-jährigen Heinrich Polap verschütteten. Der Unglückliche konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

#### Ein Dorf niedergebrannt.

Aus Bularest wird gemeldet: Das Dorf Boldu im Bezirk Ramnicu-Sarat wurde durch eine Feuerbrunst fast völlig zerstört.

### Der Danziger Völkerverbundskommissar bei Bed.

Warschau, 22. März. Der Außenminister Bedhal in Cannes den Völkerverbundskommissar für Danzig Professor Dr. Burckhardt empfangen. Während der Aussprache wurde übereinstimmend festgestellt, daß das Amt eines Kommissars, entsprechend den Aufgaben des Völkerverbundes, dem Frieden dienen müsse und daß es Pflicht des Kommissars ist, alle Reibungen und Streitigkeiten, die entstehen können, zu mildern.

### Rumänisch-tschechische Aussprache.

Prag, 22. März. Der rumänische Ministerpräsident Tatarescu ist am Montag in Prag zu einem offiziellen Besuch eingetroffen. Er stattete nach seiner Ankunft sofort dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza einen Besuch ab. In der Unterredung, die über eine Stunde dauerte, wurden alle politischen und wirtschaftlichen Fragen berührt, die sich einerseits auf die beiden befreundeten Länder und andererseits auf die ganze kleine Entente beziehen. Von beiden Seiten wurde, so besagt die amtliche Kundmachung, die feste Entschliessung betont, in jeder Hinsicht die Leistungsfähigkeit der Gemeinschaft der Staaten der Kleinen Entente zu stärken, und auch die Tatsachen hervorgehoben, die einen Beweis der Aktivität und Bedeutung der Kleinen Entente darstellen. Die beiden Staatsmänner tauschten bei dieser Zusammenkunft auch die Ansichten über die politischen Verhältnisse im Donauraum und über die politische Lage in Europa aus. Schon jetzt kann festgestellt werden, so wird weiter betont, daß die Vertreter beider Regierungen die Lage ihrer beiden Staaten, wie auch der mitteleuropäischen und der europäischen überhaupt von den gleichen Gesichtspunkten betrachten und daß sich ihre Anschauungen vollkommen

decken. Der ganze Fragenkomplex wird am Dienstag eingehend durchgenommen werden.

Sodann stattete der rumänische Ministerpräsident und Außenminister dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Krofta einen Besuch ab.

### Politische Forderungen Chinas.

#### Zehlschlag der japanisch-chinesischen Wirtschaftsverhandlungen.

Tokio, 22. März. Die in der Presse und in den politischen Kreisen Japans anfangs mit Zuversicht begründeten japanisch-chinesischen Wirtschaftsverhandlungen in Schanghai wurden am Montag plötzlich als Zehlschlag bezeichnet. Als Grund für diese Wendung wird angeführt, daß von chinesischer Seite „unerwartet“ politische Forderungen auf Wiederherstellung der Souveränität in Nordchina erhoben worden seien.

Sowohl der Sprecher des japanischen Außenamtes als auch die Presse bezeichneten die strenge Trennung der wirtschaftlichen Fragen von der Politik als die Voraussetzung für eine „friedliche Verständigung“. Die Verständigung müsse, nach japanischer Ansicht, zunächst wirtschaftlich versucht werden, weil die Aufwerfung der von China gewünschten politischen Fragen für Japan unannehmbar sei und eine Verständigung unmöglich machen würde.

Die Aufrechterhaltung des Status quo in Nordchina sei bis auf weiteres das äußerste Zugeständnis, das Japan machen könne.

### König Leopold in London.

Brüssel, 22. März. König Leopold III. von Belgien ist am Montag vormittag nach London abgereist.







